

CHRONIK DER ZEIT

New York und der Weltaugenblick

Die Gewerkschaftsbewegung der Welt hat mit gutem Grund die Konferenz der Außenminister in New York mit gespanntestem Interesse verfolgt. Der Druck der Weltlage lastet ja auch auf ihr, und gerade auf ihr.

Man tut wahrscheinlich den Außenministern unrecht, wenn man ihnen die geringen Ergebnisse ihrer Tagungen vorwirft. Die Welt begleitet die Zusammenkünfte der großen Drei des Westens jeweils mit großen Hoffnungen und den kühnsten Erwartungen. Die beteiligten Mächte selber vertrauen auf dem Wege über „gut unterrichtete“ Kreise ihre Wünsche den aufmerksam lauschenden Völkern an, um nachher feststellen zu müssen, daß sie die Rechnung ohne den Wirt, das heißt ohne die beiden anderen Mächte, gemacht haben. Die Völker sehen mit Unbehagen, wie zäh sich - selbst angesichts der großen und erregenden Weltgeschehnisse - die alten Formeln, Methoden und Wege der Weltpolitik behaupten.

Die internationale Lage Deutschlands ist nicht jäh und revolutionär durch die Beschlüsse von New York verändert worden. Deutschland hat noch lange nicht die Souveränität erlangt, die für jedes große politische oder soziale Werk in Deutschland notwendig wäre. Man hat nichts abgebrochen und nichts neu gebaut in New York, sondern Schönheitsfehler und Härten in den alten Verhältnissen beseitigt. Darauf bezog sich die Opposition in der Bundesrepublik, als sie davon sprach, daß keine Entscheidungen in New York gefallen wären. Der Bundeskanzler Dr. Adenauer seinerseits hatte - als er von den „großen Fortschritten“ in New York sprach - wohl nicht zuletzt die Tatsache im Auge, daß zum erstenmal ein Kommuniqué der drei Außenminister von der Bundesrepublik ohne den gewohnten Ton der kalten schulmeisterlichen Ermahnung sprach.

Die Konferenz der drei Außenminister tagte im Schatten der koreanischen Krise und in einem Augenblick, da die Truppen der UNO sich im Brückenkopf von Pusan noch in einiger Bedrängnis befanden. Die Staatsführung der USA hat in dem Angriff Nordkoreas auf Südkorea ein Sturmsignal von beängstigender Dringlichkeit gesehen und daraus den Schluß gezogen, daß die Verteidigung und Befestigung Westeuropas eine gebieterische Aufgabe der Stunde sei. Man sah sich einer großen Herausforderung in Asien gegenüber und mußte fortan rechnen, daß man nicht alle Kräfte des amerikanischen Kontinents für die Verteidigung Europas frei haben würde. Zwar fand man sich damit ab, daß die eigene Truppenstärke der USA in Europa vermehrt werden mußte, was das Pentagon, der fünfeckige Sitz des amerikanischen Generalstabs, bisher immer verweigert hatte. Die USA aber waren entschlossen, von den Europäern zu verlangen, sich mehr als bisher auf die eigenen Beine zu stellen, auch wenn es dabei notwendig werden sollte, wiederum die Deutschen auf die Beine zu stellen und diesen Beinen erneut den Paradeschritt beizubringen. Der neue Kriegsminister der USA, General Marshall, war zwar immer ein überzeugter und konsequenter Anhänger der Lösung: Europa zuerst, was im Weltkrieg mit „Hitler zuerst“ übersetzt werden mußte. Aber nach den Geschehnissen in Korea können die USA nicht mehr des Glaubens sein, man könnte so wie im Weltkrieg Asien zunächst versacken lassen, um es nach einem Sieg in Europa wieder zurückzugewinnen. Ein solches Nacheinander gibt es für die USA nicht mehr.

Es ist nur ein scheinbarer Widerspruch dazu, daß die USA die New Yorker Konferenz mit der Ankündigung begannen, daß sie ihre Truppenstärke in Europa erhöhen wollten. Denn das sollte die europäischen Mächte mitreißen und ihnen die Furcht vor dem Risiko nehmen. Aber die Vorleistungen der USA, die übrigens hinsichtlich der Termine und der Größenordnung recht unbestimmt sind, haben nicht ausgereicht, die Westmächte zu heroischen Entschlüssen zu bewegen. Man hält an dem Grundsatz des Allmählich fest.

Einen auffälligen Platz nimmt in den New Yorker Beschlüssen die Sicherheitsgarantie an die deutsche Bundesrepublik ein. Die drei Mächte erklären, daß sie einen Angriff auf die Bundesrepublik und auf Westberlin als einen Angriff auf sich selber, das heißt als den Kriegsfall, betrachten werden. Das ist an sich keine einschneidende Veränderung der internationalen Lage. Ein Angriff auf das Gebiet der Bundesrepublik stellt schon kraft des Atlantikpaktes den Kriegsfall für die Westmächte dar. Aber in der Formulierung des Atlantikpaktes ist nur von einem Angriff auf die Besatzungstruppen die Rede, nicht von der Bundesrepublik. Das ist an sich eine wirksamere Garantie als die neue. Denn es ist anzunehmen, daß Schüsse auf Besatzungssoldaten die Besatzungsmächte eher zu einem Ein-

greifen bewegen werden als ein Überfall auf deutsche Polizisten. Die Bundesrepublik war im Atlantikpakt nicht genannt. Sie war nur ungenannterweise mit eingeschlossen als das Land, auf dem sozusagen zufällig die Besatzungstruppen stehen. Damals war sie gleichsam mit eingeschlossen als „das Schlachtfeld“, das ja Soldaten im Krieg gern „behaupten“. Es ist nun mindestens ein atmosphärischer Fortschritt, wenn nun die Bundesrepublik mit Namen genannt wird. Sie ist nicht mehr die Erde, die an den Stiefeln der Besatzungssoldaten klebt. Selbst wenn keine Besatzung mehr in Westdeutschland wäre, dann wären nun die Westmächte zum Handeln verpflichtet, wenn die Rote Armee oder die Volkspolizei die Grenzen der Bundesrepublik oder Westberlins überschritten.

Niemand überschätzt die reale Bedeutung solcher papiernen Garantien. Sie haben sich schon als Fetzen Papier erwiesen, und die wirksamsten Garantien sind immer Waffen und Männer, die das Land mit Aussicht auf Erfolg verteidigen können. Die Bundesrepublik ist nun - das ist eine folgenschwere Erklärung - den Westmächten einen dritten Weltkrieg wert. Das ist ein hoher Preis; nur wäre er im Ernstfall zur Hauptsache von den Deutschen selber zu bezahlen.

Über die deutsche Wiederaufrüstung, die große Schicksalsfrage des deutschen Volkes, die auf entscheidungsvolle Weise jeder Politik, der sozialen, der wirtschaftlichen und der äußeren, die Richtung geben wird, ist nichts Endgültiges beschlossen worden. Die Amerikaner sind mit ihrem Vorschlag einer deutschen Wiederaufrüstung nicht durchgedrungen. Aber der Vorschlag wurde auch nicht vollkommen und grundsätzlich abgelehnt. Die Engländer haben mit einer Einschränkung zugestimmt, die Franzosen mit einer Einschränkung abgelehnt. Beide Standpunkte, der französische und der englische, laufen darauf hinaus, daß die westeuropäische Rüstung den Vorrang vor der deutschen Rüstung haben müsse. Nur haben eben die Deutschen den zweifelhaften Vorrang und Vorzug, im Krieg selbst nicht so weit hinten zu stehen, wie sie es jetzt bei der (unfreiwilligen) Rüstung tun sollen.

Fürs erste hat die Bundesrepublik nun das Recht, „auf Länderbasis“ motorisierte Polizeieinheiten aufzustellen, die unter bestimmten Umständen von der Bundesregierung in Anspruch genommen werden können. Eine Forderung der „inneren Sicherheit“ - die zuviel mit der äußeren Sicherheit verwechselt wurde - wäre damit erfüllt.

Im übrigen erfolgen die Veränderungen der internationalen Lage Deutschlands keineswegs im motorisierten Tempo. Die Mächte erklären ihre Bereitschaft, das Besatzungsstatut zu ändern, wollen aber „die legale Basis der Besatzung“ aufrechterhalten. Sie „erwarten“ darüber hinaus von der Bundesrepublik, „daß sie im Einklang mit ihren neuen Verantwortlichkeiten gewisse Verpflichtungen eingetht und noch weitere Maßnahmen trifft“. Die Westmächte stimmen der Errichtung eines Außenministeriums der Bundesrepublik zu und erlauben ihr, „in allen geeigneten Fällen“ diplomatische Beziehungen mit auswärtigen Mächten aufzunehmen. Zu den „geeigneten Fällen“ aber sollen offenbar die Beziehungen zu den USA, Großbritannien und Frankreich nicht gehören, und Bogota, Lima und Mexico City werden eher diplomatische Vertretungen der Bundesrepublik erlangen als Washington, London und Paris. Ferner sollen die Bestimmungen über die verbotenen und beschränkten Industrien überprüft werden. Sofort sollen alle Bestimmungen „über Größe, Geschwindigkeit und Zahl der für den Export hergestellten Handelsschiffe“ aufgehoben werden. Wir werden also Handelsschiffe bauen für die anderen, so wie vermutlich unsere Soldaten zunächst hauptsächlich für die anderen kämpfen müßten. Stahl darf in der Bundesrepublik zukünftig „über die gegenwärtigen Beschränkungen hinaus“ hergestellt werden, „wenn es für die Verteidigungsmaßnahmen des Westens erforderlich ist“.

Noch ist man nicht soweit, zu erkennen, daß es „für die Verteidigung Westeuropas erforderlich ist“, allen wirtschaftlichen, industriellen, sozialen und nicht zuletzt gewerkschaftlichen Kräften Deutschlands freie Entfaltung zu geben.

Der 38. Breitengrad

Im Koreakrieg ist eine überraschende Entwicklung eingetreten. MacArthur hat sich als ein großer Feldherr erwiesen und hat erfüllt, was Clausewitz von einem großen Feldherrn verlangt: er hat „Mut in die Augenblicke des Schreckens getragen“. In den bedrängten Stunden am Brückenkopf von Pusan hat er große, weitausholende Operationen vorbereitet und durch ein kühnes Manöver in einem Blitzkrieg die nordkoreanischen Truppen in ihr Land zurückgetrieben.

Die Welt fragte sich, was nun geschehen sollte. Sollte man den 38. Breitengrad überschreiten oder nicht? Der 38. Breitengrad ist keine Grenze, er ist eine Linie, die von Diplomaten und Generalstäblern auf der Karte gezogen wurde. Nichts unterscheidet Nordkorea von Südkorea als die Tatsache, daß südlich dieses 38. Breitengrades andere fremde Herren über das Volk regieren als nördlich des 38. Breitengrades.

Das koreanische Volk kann die Grenze des 38. Breitengrades nur als eine Fessel ansehen, die ein Glied abschnürt. Auf

diesen 38. Breitengrad ist kein Frieden zu gründen. Er wird als Grenze immer Unfrieden und Unruhe in die asiatische Welt hineinragen. Wären die Truppen der UNO am 38. Breitengrad stehengeblieben, dann hätte das bedeutet, daß sie bei eine Politik beharren wollen, die nichts Höheres im Sinn hat, als die Sowjets und die Feindmächte gerade noch in den Schranken zu halten.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen billigte mit überwältigender Mehrheit am 7. Oktober die Resolution über die Zukunft Koreas, in der empfohlen wurde, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um stabile Verhältnisse in „ganz Korea“ wiederherzustellen. Weiter wurde festgelegt, daß die Verbände der UNO „nicht länger als notwendig in irgendeinem Teil Koreas bleiben sollen“. Damit war den UNO-Streitkräften die Genehmigung zur Überschreitung des 38. Breitengrades gegeben worden.

Mit dieser Entscheidung bestätigten die Westmächte ihren Willen zu einer offensiven Weltpolitik. Offensive Weltpolitik heißt nicht militärischer Angriff. Offensive Weltpolitik heißt nur, einen in sich gesunden und natürlichen Zustand der Welt anzustreben. Es gibt auch in Deutschland einen 38. Breitengrad, den Eisernen Vorhang, der voneinander trennt, was die Natur und die Vernunft zusammengefügt hat. Es kann nicht die Rede davon sein, daß eine der beiden Welten, die westliche oder die östliche, die andere überwältigt. Jeder muß ihr Lebensraum gelassen werden. Aber sie können nur miteinander in Frieden leben, wenn keine übergreift auf der anderen Gebiet. Das ist heute noch der Fall. Bisher konnte vielleicht nicht mehr erreicht werden, als daß die totalitären Mächte nicht noch mehr Raum gewannen. Das war der Abwehrsieg, den die Demokratie an all den 38. Breitengraden errungen hat. Aber damit kann es nicht genug sein. Die westliche Welt ist erst dann „sicher für die Demokratie“, wenn sie die Grenzen erreicht hat, innerhalb derer alle sozialen und politischen Kräfte unzerstückelt und ungetrennt ihre lebendige Entfaltung finden können.

Volksbefragung im Südwesten

Alle Politik in Deutschland ist beengt durch die künstlichen Abschnürungen und Abgrenzungen. Der Fluch des ganzen politischen und sozialen Lebens in Deutschland ist die Zerreißung.

Künstlich sind auch die Grenzen innerhalb der Bundesrepublik, wenn man sie auch nicht mit der gräßlichen Grenze des Eisernen Vorhangs in einem Atemzug nennen kann. Es steht außer Frage, daß die deutschen Länder bei weitem nicht den modernen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten entsprechen. Im Grundgesetz ist eine territoriale Neuordnung der Bundesrepublik grundsätzlich ins Auge gefaßt. Aber nur in der südwestdeutschen Ecke der Bundesrepublik steht sie wirklich auf der Tagesordnung. (Über die mannigfachen Gründe, innen- und außenpolitischer Art, die jene „Reichsreform“ in der übrigen Bundesrepublik von der Tagesordnung abgesetzt hat, ist hier nicht zu reden.) Im südwestdeutschen Raum war die Bildung der Länder auch besonders willkürlich und besonders unnatürlich. Südbaden und Württemberg-Hohenzollern entsprechen weder einem Land der Weimarer Republik, noch einer geographischen, noch einer stammesmäßigen Abgrenzung, noch einer wirtschaftlichen Einheit und nicht einmal einer sentimentalischen historischen Erinnerung, wie die meisten Länder der britischen Zone. Südbaden und Württemberg-Hohenzollern wurden allein durch die zufälligen Grenzen der Besatzungsgebiete geschaffen.

Die Tatsache, daß Südbaden und Württemberg-Hohenzollern „Besatzungskinder“ sind, macht allerdings die Flurbereinigung in der südwestdeutschen Ecke besonders schwierig. Denn jede territoriale Neuordnung in diesem Raum muß auch die Einflußgebiete der einzelnen Besatzungsmächte berühren. Es bedarf keiner langen Begründung, daß der sogenannte von dem „amerikanischen“ Stuttgart aus regierte Südweststaat - gewollt oder ungewollt - eine Verringerung des französischen Einflusses in Deutschland mit sich bringen müßte. Auch die andere Lösung, die Wiederherstellung der „alten Länder“ Baden und Württemberg, müßte ähnliche Rückwirkungen haben, sofern es bei den alten Hauptstädten bliebe und nicht die Besatzungsgrenzen verändert würden.

Die Verhandlungen zwischen den drei Regierungen über die Neuordnung in Südwestdeutschland machen es schwierig, eine Satire nicht zu schreiben - so verschlungen und reich an Unfällen sind sie gewesen. Zwei Lösungen standen schließlich zur Wahl, die Bildung des Südweststaates, das heißt eines größeren Gebildes aus den drei augenblicklichen Staaten Südbaden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden, und die Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg, wie sie vor 1933 bestanden haben.

Die Gegner des Südweststaates machen geltend, daß es ein Unding wäre, eine immerhin einschneidende territoriale Neuordnung nur in dem einen Raum der deutschen Bundesrepublik durchzuführen und dort scheinbar endgültige Ordnung zu schaffen, während diese aus der Spaltung Deutschlands entstandene Bundesrepublik doch nur ein provisorisches Gebilde sein

könne. Die Anhänger der Wiederherstellung der alten Länder konnten historische Überlieferungen für sich ins Feld führen. Die Bewegung für die Wiederherstellung der alten Länder war naturgemäß stärker auf dem badischen als auf dem württembergischen Gebiet. Der jetzige Staat Württemberg-Baden hätte ja bei der Wiederherstellung der alten Länder seinen „Gewinn“ aus dem Jahre 1945, nämlich Nordbaden, wieder hergeben müssen, wenn er auch dafür das Gebiet von Württemberg-Hohenzollern zurückgewonnen hätte. Zudem ist zu vermuten, daß im Südweststaat das „schwäbische Element“ beherrschend sein würde und von dem „schwäbischen Imperialismus“ war in dem Streit um den Südweststaat im Scherz und im Ernst nicht wenig die Rede.

Die Regierungen konnten sich nicht über eine echte Volksabstimmung über den Südweststaat einigen, weil eine Verständigung darüber nicht möglich war, wie denn die Stimmabgabe der einzelnen Länder gewertet werden sollte. So kam es zu einer „Volksbefragung“, die den Regierungen einen Anhaltspunkt über die Stimmung und Haltung ihrer Bürger geben sollte.

Die Volksbefragung hat nun so geendet, daß alle beteiligten Regierungen sie als eine Bestätigung ihres Standpunktes auffassen. Erwartungsgemäß war die Beteiligung nicht hoch. Das wird nun so ausgelegt, als ob die eindeutige Willenskundgebung des Volkes gefehlt hätte. Das ist sicherlich ein Irrtum. Bei den Schweizer Referenden und bei den englischen Gemeindewahlen ist die Wahlbeteiligung nur außerordentlich gering (sie schwankt zwischen 25 und 45 v. H.). Wer sich durch die Nichtbeteiligung als uninteressiert oder als nicht kompetent erklärt, der wird eben abgeschrieben und zählt bei der Bewertung der Volksstimmung nicht mit. Es wären also bei der Auswertung der Volksbefragung nur jene in Anschlag zu bringen, die abgestimmt haben. Die Stimmabgabe erfolgte weitgehend nach den lokalen Interessen. Die Stadt Karlsruhe hatte als Hauptstadt des alten Landes Baden die größte und stärkste Mehrheit überhaupt für die Wiederherstellung von Altbaden. In Freiburg, das durch den Südweststaat seine Stellung als gegenwärtige Hauptstadt verlieren würde, war die Stellungnahme gegen den Südweststaat überraschenderweise nicht sehr kräftig. Die Anhänger von Altbaden und des Südweststaates halten sich etwa die Waage. Aber Freiburg müßte eben auch durch die Wiederherstellung von Altbaden verlieren, da vermutlich eben doch Karlsruhe Hauptstadt bliebe. In Südbaden ergab sich eine schwache Mehrheit für die Wiederherstellung von Altbaden, in Nordbaden eine nicht sehr starke Mehrheit für den Südweststaat und in Württemberg-Hohenzollern eine stärkere und in Württemberg-Baden die stärkste Mehrheit für den Südweststaat.

Es gibt nun nicht wenig Leute, die sagen, daß alles wie das Hornberger Schießen ausgegangen sei. Vermutlich wird zuletzt doch der Bund entscheiden müssen. Das ist wahrscheinlich ohnehin das Gegebene. Niemand soll schließlich Richter in eigener Sache sein.

Mit der Grenzziehung und der Schaffung von neuen Gebietseinheiten ist es sowieso nicht getan. Gerade angesichts der Verworrenheit solcher Kämpfe zwischen den deutschen Ländern sind die Organisationen und sozialen Kräfte in Deutschland von besonderer Bedeutung, die über die Ländergrenzen hinwegreichen und das Rückgrat der deutschen politischen und sozialen Einheit darstellen. Gerade den Gewerkschaften winkt hier eine große Aufgabe. Auf die Parteien haben oftmals Ländereigentümlichkeiten und Länderegoismus abgefärbt. Es ist die Stärke der Gewerkschaften, daß sie zu den nicht sehr zahlreichen wahrhaft nationalen Einrichtungen Deutschlands zählen.